

**V-12 Schluss mit dem Anti-Flüchtlingsdeal mit der Türkei - Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage!**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 10.10.2019  
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1 Am 10. Oktober hat die Türkei völkerrechtswidrig einen Militäreinsatz im Norden  
2 Syriens eingeleitet. Dem vorausgegangen war ein Truppenabzug der USA aus  
3 Nordsyrien. Das Ziel dieses Einsatzes ist die Besetzung der autonomen kurdischen  
4 Region Rojava und die Vertreibung der kurdischen Bevölkerungsgruppe aus der  
5 Region. Dabei werden kurdische Menschen pauschal als „Terrorist\*innen“  
6 bezeichnet - und wie die völkerrechtswidrige Besetzung der autonomen kurdischen  
7 Region Efrin im Jahr 2018 gezeigt hat, schreckt das Erdoğan-Regime in der Türkei  
8 dabei auch nicht vor der Ermordung von Menschen und der Zusammenarbeit mit  
9 islamistischen Gruppen, etwa aus dem Umfeld von Al Quaida, zurück.

10 **Dieser Einsatz beendet keinen Terror, er ist Terror**

11 Besonders empörend ist dabei die Begründung des Einsatzes mit der  
12 Terrorismusbekämpfung. Jene kurdische Truppen, die nun angegriffen werden, haben  
13 ganz konkret den Terror des islamischen Staates bekämpft und beendet. Sie sind  
14 dafür verantwortlich, dass unzählige Menschenleben gerettet wurden und ganze  
15 Bevölkerungen, wie die Jesid\*innen, vor einem Genozid bewahrt wurden.

16 Mit der Destabilisierung der Region durch die Türkei wird nun wieder eine  
17 Grundlage geschaffen, auf der sich der islamische Staat ausbreiten kann.  
18 Kurdische Truppen werden nun an die Grenze abgezogen. Im Inland entsteht damit  
19 ein Machtvakuum für kaltblütige Terroristen. Außerdem können die Gefangenenlager  
20 des islamischen Staates nicht mehr kontrolliert werden, was dazu führt, dass  
21 Massenmörder entkommen und mit ihren Gräueltaten fortfahren können.

22 Die technische Ausstattung für diesen Einsatz ist dabei zentral auf Europäische  
23 Staaten zurückzuführen. Entgegen anders lautender Ankündigungen genehmigte die  
24 Bundesregierung alleine im Jahr 2018 Rüstungsgüter in einem Wert von mehr als  
25 240 Millionen Euro an die Türkei - nach dem ersten völkerrechtswidrigen  
26 Einmarsch der Republik Türkei in der Region Efrin.

27 Dass die Europäische Außenpolitik bei der Ermöglichung dieses Vorgehens  
28 mitgeholfen hat und sich diplomatisch nicht einmal um eine Verhinderung dieses  
29 Einsatzes bemüht, ist in den Augen der GRÜNEN JUGEND ein Skandal.

30 *Wir fordern deshalb:*

- 31 • Die Einleitung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Türkei
- 32 • Einen Ausschluss der Türkei aus dem Militärbündnis der NATO
- 33 • Eine Aufkündigung des Anti-Flüchtlingsdeals mit der Türkei
- 34 • Ein Exportverbot für jegliche Rüstungsgüter an die Türkei
- 35 • Alle diplomatische Bemühungen zum Stoppen dieses Einsatzes statt  
36 Wegschauen durch die Deutsche Bundesregierung und die Europäische Union
- 37 • Bemühungen der Bundesregierung für eine UN-Resolution gegen diesen Einsatz
- 38 • Bemühungen der Bundesregierung für ein Verfahren gegen den Türkischen  
39 Staatspräsidenten Erdoğan vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag
- 40 • Die Einstellung von allen Zahlungen an die Türkei, etwa im Rahmen der EU-  
41 Beitrittsverhandlungen

42 **Dieser Einsatz ist ein faschistischer Angriff auf alle Kurd\*innen**

43 Vor allem stehen wir aber in diesen Tagen an der Seite der Zivilbevölkerung in  
44 Nordsyrien, die den brutalen Allmachtsphantasien bei Ignoranz der Deutschen  
45 Bundesregierung und der Europäischen Union, ausgeliefert ist. Alle Menschen in  
46 der Region, ganz egal, welcher Bevölkerungsgruppe sie angehören, haben unsere  
47 volle Solidarität.

48 Im Kern dieses Einsatzes steht jedoch die kurdische Frage. Bekannt gewordene  
49 Umsiedlungspläne der Türkischen Regierung zeigen, dass es dem Erdoğan-Regime im  
50 Kern um eine ethnische Säuberung der Region geht. Kurdinnen und Kurden, die  
51 schon im Inland der Türkei massivstem, staatlich organisierten Terror ausgesetzt  
52 sind, sollen nun auch aus rassistischen Gründen im Ausland vertrieben werden, um  
53 Erdoğans Phantasie einer großen, islamischen und ethnisch einheitlichen Türkei  
54 zu weichen.

55 Diese tragische Eskalation ist auch deshalb zu Stande gekommen, weil die  
56 Anliegen der Kurdinnen und Kurden über Jahrzehnte durch die westliche

57 Außenpolitik vernachlässigt wurden. Dies zeigt sich an der untergeordneten Rolle  
58 der kurdischen Minderheitenrechte bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit der  
59 Türkei oder nun erst durch den Truppenabzug der USA aus Nordsyrien und die damit  
60 einhergehende Ermöglichung dieses Massenmordes.

61 Die GRÜNE JUGEND steht an der Seite der kurdischen Bevölkerungsgruppe und ihrer  
62 vielen politischen Akteur\*innen, die um eine friedliche Lösung der kurdischen  
63 Frage bemüht sind. Wir wollen sie nicht länger ignorieren, sondern, um Freiheit,  
64 Selbstbestimmung und Frieden in der Region zu schaffen an einem kurdischen Staat  
65 festhalten.

66 *Wir fordern deshalb:*

- 67 • Die Bemühung um einen kurdischen Staat durch die Europäische Union und die  
68 Bundesregierung
- 69 • Verstärkere diplomatische Beziehungen zur Regierung der Autonomieregion  
70 Rojava
- 71 • Die Wahrung der kurdischen Minderheitenrechte als Priorität Europäischer  
72 Türkeipolitik
- 73 • Eine Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen und Symbole in  
74 Deutschland und in der EU